Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 18.—, vierteljährl. M. 50.—; für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig und der Sächsischen Staatsministerien Dresden sowie verschiedener anderer Behörden.

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7305. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig

Nr. 441 — Dienstag, den 21. September — 1920

Ein unruhiger Tag in Berlin

Kommunistische Arbeitslosenkundgebungen

Beginn des Weißenseer Kommunistenprozesses.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 21. September.

Heute war wieder ein unruhiger Tag in Berlin. Schon am frühen Morgen begannen in den Vororten Massen von Arbeitslosen sich zusammenzuballen, die an der für 11 Uhr vormittags angesetzten großen Versammlung der Kommunisten mit anschließenden Demonstrationszügen teilnehmen wollten. Bei der Knorr-Bremse-A.-G. kam es zu terroristischen Handlungen. Gegen 9 Uhr vormittags sammelten sich große Mengen Arbeitslose und kommunistische Arbeiter vor dem Gebäude der Fabrik in Lichtenberg an. Es gelang ihnen, das Ostportal gewaltsam zu erbrechen und die aus Arbeitern bestehende Torwache zurückzudrängen. Zahlreiche Arbeitslose kletterten über die Zäune hinweg, so daß bald eine tausendköpfige Menge in die Arbeitsstätten eingedrungen war. Sie forderten die dort Beschäftigten auf, die Arbeit innerhalb 10 Minuten niederzulegen und sich zu entfernen, widrigenfalls die Maschinen zerstört würden. Es blieb den Bedrohten nichts weiter übrig, als sich dem Zwange zu unterwerfen und die Arbeitsstätten zu verlassen. Die von der Direktion herbeigerufene Sicherheitspolizei, die eine Hundertschaft entsandt hatte, konnte wieder abrücken, da die Demonstranten zusammen mit den Arbeitern die Fabrik bereits verlassen hatten. Die Polizei hatte in der ganzen Stadt umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Ganze Straßenzüge waren abgesperrt, besonders das Zeitungsviertel, wo man Demonstrationen vor dem „Vorwärts"-Gebäude befürchtete.

Den eigentlichen Anlaß zu den Demonstrationen bildete der Kommunisten-Prozeß, der heute vormittag vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Reichswehrkommandos I in Moabit begann. Angeklagt sind 24 Mitglieder der Weißenseer kommunistischen Kampforganisation. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde. In der Nacht vom 21. zum 22. August überraschte eine Streife der Sicherheitspolizei auf einem Laubengelände in der Nähe des Bahnhofes Weißensee Mitglieder der kommunistischen Kampforganisation beim Ausheben eines dort befindlichen Waffenlagers. Die Beamten wurden von den bewaffneten Kommunisten sofort mit Revolverschüssen empfangen. Ein Wachtmeister der „Sipo" wurde auf der Stelle getötet. Seine Kameraden erwiderten das Feuer und machten den Müllkutscher Krüger durch einen Schuß in den Rücken kampfunfähig. Die Kommunisten flohen unter Zurücklassung des Verwundeten. Es gelang aber den umfangreichen Ermittelungen der Polizei, in den darauffolgenden Tagen eine große Anzahl der Mitglieder der Kampforganisation zu verhaften. Von den Festgenommenen wurden einige wieder freigelassen, da der gegen sie gehegte Verdacht sich als grundlos erwies.

Gleich zu Beginn der Verhandlungen kam es zu sehr scharfen Zusammenstößen zwischen dem Gericht und den Verteidigern, so daß die Stimmung auf beiden Seiten schließlich außerordentlich gereizt war. Es ereignete sich ein Zwischenfall. Der Angeklagte Arbeiter General, ein dumpf vor sich hinblickender Mensch, verfiel plötzlich in Schreikrämpfe. Sicherheitspolizisten und andere Angeklagte bemühten sich nur den wild um sich Schlagenden und Widerstand Leistenden, um ihn aus dem Verschlag der Angeklagten herauszutransportieren. Die Sicherheitspolizei hat umfangreiche Absperrungsvorkehrungen zum Schutze der Verhandlungen getroffen.

Im Lustgarten hatten sich etwa 10 000 Menschen versammelt. Die Redner, welche dort von verschiedenen Tribünen herab zu der Menge sprachen, forderten die Freilassung der politischen Gefangenen, ermahnten aber die Demonstranten, sich zu keinen Unbesonnenheiten und Tätlichkeiten hinreißen zu lassen. Der Zug bewegte sich hierauf vor das Gebäude der „Freiheit", wo die Menge in laute Pfuirufe ausbrach, weil das Blatt sich gegen die Demonstration ausgesprochen hatte. Dann zogen die Demonstranten vor das Gebäude des „Vorwärts", der gestern die Arbeitslosendemonstrationen als das Werk kommunistischer Spitzel gekennzeichnet und die Mehrheitssozialisten aufgefordert hatte, ihnen fernzubleiben. Das „Vorwärts"-Gebäude war von der Sicherheitspolizei abgesperrt und mit Maschinengewehren bewehrt. Auch dort wurden Pfuirufe ausgebracht, aber ohne daß es zu irgendwelchen Zwischenfällen kam. Die Menge, die mittlerweile auf etwa 30 000 Personen angewachsen war, zog dann in den Mittagsstunden nach dem Tempelhofer Felde.

Eupen und Malmedy Belgien zugesprochen

Brüssel, 21. September.

Der Rat des Völkerbundes hat Eupen und Malmedy Belgien zugesprochen. Berichterstatter war der brasilianische Gesandte Da Cunha, der die Ablehnung des Begehrens der deutschen Regierung nach Prüfung der Abstimmungsumstände vorschlug. Die Entscheidung soll am Sonntag in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben werden. In Belgien war man auf diese Entscheidung vorbereitet. Dem Oberkommandierenden in den beiden Kreisen, General Baltian, ist der Barontitel verliehen worden.

Der belgische Minister des Aeußeren Delacroix erklärte in einer Unterredung, der Bericht Da Cunhas sei vom Völkerbund einstimmig genehmigt worden und Léon Bourgois habe Belgien zu diesem Ergebnis beglückwünscht. Der König, der telegraphisch von diesem Ergebnis verständigt wurde, wird in wenigen Tagen eine Botschaft an die Belgien neu einverleibten Gebiete senden. Delacroix veröffentlicht bereits heute eine Proklamation an die Bevölkerung.

Da Cunha sagt in seinem Bericht, daß die Bestimmungen der belgischen Behörde für die Abstimmung dem Buchstaben des Abkommens entsprochen hätten. Das Ergebnis der Abstimmung bedeute, daß es keinen genügenden Widerstand gegen die Angliederung Eupens und Malmedys an Belgien gegeben habe. Die eingereichten Proteste bezüglich der Einschüchterung und eines Druckes auf die Bevölkerung seien weder bestimmt noch scharf umschrieben gewesen. Die Anklagen, laut welchen die Einwohner von drei Gemeinden mit Repressalien bedroht worden seien, seien von dem hohen Kommissar widerlegt worden.

Wie die Blätter mitteilen, wurden an den Mauern Brüssels durch die Stadtverwaltung Plakate angeschlagen, die die Wiedervereinigung (!) von Eupen und Malmedy mit Belgien begrüßen und die Einwohner auffordern, am Donnerstag zu flaggen. Das werde wahrscheinlich auch in anderen Städten der Fall sein, da die Bürgermeister von der Regierung aufgefordert worden seien, überall ähnliche Anschläge zu machen.

Mit dieser Entscheidung deckt der Rat des Völkerbundes die Fälschung der „Volksabstimmung" mit dem Mantel der Liebe zu. Er erbringt den Beweis, daß das Recht auch bei ihm nur eine Frage der Macht ist. Die Siegerstaaten haben die Macht, also wird ihnen auch das „Recht" zugesprochen. Man vergegenwärtige sich noch einmal den Hergang. Im Friedensvertrage wird der Bevölkerung der Bezirke das Recht gegeben, selbst zu entscheiden, ob sie zu Belgien oder Deutschland gehören will. Das sollte natürlich nur eine Annexion deutscher Gebiete verschleiern, weil Belgien zugleich selbst die Aufsicht über die „Abstimmung", wenn man so überhaupt das Recht der Bevölkerung, ihren Protest gegen eine Abtretung kundzutun, bezeichnen will, übernahm. Belgien, als Partei, besetzte das Land und hintertrieb mit allen Mitteln den Ausdruck der freien Willensmeinung der Einwohner. Die deutsche Regierung erhob nun Protest bei dem Rat des Völkerbundes unter Vorlegung des Materials, das die krassesten Fälle der Vergewaltigung enthielt. Der Rat war klug genug, den Protest anzunehmen. Er erhielt so den Schein aufrecht, daß er „unparteiisch" ist. Aus der nunmehr erfolgten Entscheidung kann man jedoch ersehen, welche Stellung er sich selbst zuweist: der Handlanger der Sieger zu sein. Eigentlich war nichts anderes zu erwarten. Die Scheinpolitik ist zu geradlinig, um irgendeiner Hoffnung Raum zu geben. Wir aber werden innerlich diese Entscheidung niemals anerkennen, für uns bleibt Raub — Raub. Hoffentlich bringt das unsere Regierung in der Sprache der Diplomatie dem Völkerbunde der Sieger noch deutlich zum Ausdruck.

Der Beschluß ist eine Entscheidung der zeitweiligen Sieger. Warten wir ab, ob sie es immer sein werden.

Millerands Annahmeerklärung

(Drahtbericht.)

Paris, 21. September.

Millerand hat der Agence Havas folgende Erklärung gemacht: Ich habe in meiner Rede vom 7. November 1919 die Politik des sozialen Fortschrittes, der Ordnung, Arbeit und Einigkeit umschrieben, die sich nach außen hin kennzeichnet durch die uneingeschränkte Durchführung des Versailler Vertrages und die Verteidigung seiner Grundlagen in Uebereinstimmung mit unseren Verbündeten, nach innen durch Aufrechterhaltung der Staatsgesetze, Wiederherstellung aller wirtschaftlichen Kräfte, Dezentralisation und im gegebenen Zeitpunkt auf Grund der Erfahrungen notwendig werdende Verbesserung unserer Staatsgesetze. Seit sechs Monaten habe ich, unterstützt vom Vertrauen des Parlaments, diese Politik methodisch und nachhaltig durchgeführt. Ich glaube, und ich habe die Gründe dafür angeführt, daß ich dieser Politik nirgends besser dienen kann als in der Eigenschaft als Ministerpräsident. Wenn aber die Mehrheit der beiden Kammern meine Anwesenheit im Elysee als nützlicher für die Einhaltung der Fortsetzung dieser nationalen Politik erachtet, wenn diese Mehrheit gleich wie ich glaubt, daß der Präsident der Republik, wenn er auch nie ein Vertreter einer Partei, so doch Vertreter einer Politik sein kann und muß, die in enger Zusammenarbeit mit seinen Ministern festgesetzt und durchgeführt wurde, so werde ich mich dem Rufe der Volksvertretung nicht entziehen.

Ein Kabinett Poincaré

(Drahtbericht.)

Paris, 21. September.

Die Präsidentschaftskrise ist gelöst. Millerand wird die Präsidentschaft übernehmen, mit der Bildung des neuen Kabinetts wird Poincaré betraut werden. Das Ministerium des Aeußeren erhält Briand.

*

Die Meldung ist in dieser Fassung noch nicht ganz verständlich. Wohl liegt der Vorschlag, Millerand zum Präsidenten zu wählen, vor und dieser hat auch seine Einwilligung gegeben, aber die Abstimmung des Kongresses soll erst noch stattfinden. So lange also nicht das tatsächliche Votum vorliegt, ist Zurückhaltung im Urteil am Platze. Sicherlich hat Millerand große Aussichten, und seine Wahl kann als gesichert gelten; wer jedoch die Wahlhandlungen des Kongresses kennt, weiß, wie oft große Ueberraschungen eintreten und wie viele Unwägbarkeiten schon die Abstimmung beeinflußt haben. Solange aber die Wahl selbst nicht vollzogen ist, kann davon nicht die Rede sein, daß irgend jemand mit der Bildung des Kabinetts betraut ist, da diese Handlung dem Präsidenten vorbehalten ist. Es kann sich demnach bei der vorliegenden Meldung nur um eine große Richtlinie handeln, die sich augenblicklich in der Allgemeinheit durchzusetzen scheint. Das neue Kabinett würde, wenn es an seiner Spitze Poincaré und auf dem Außenposten Briand enthielte, schon in seiner Tendenz bestimmt sein: eine Aenderung der Politik gegenüber Deutschland wäre nicht zu erwarten.

Deutschlands Aufnahme in den „Völkerbund von Italien offiziell beantragt

(Drahtbericht.)

Basel, 20. September.

Telegramme des „Secolo" und des „Corriere della Sera" aus Rom klagen heute, daß Italien den offiziellen Antrag an den Völkerbund gestellt hat, die Bedingungen für den Eintritt Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs in den Völkerbund festzusetzen und beiden Staaten bekanntzugeben.

Gedanken über ein Satyrspiel

Die „Leipziger Volkszeitung" enthüllte gestern ein kleines vergnügliches Satyrspiel. Kommen da eine Anzahl Eigenbrötler und solche von der ganz radikalen Färbung zusammen, um über die Moskauer Bedingungen zu beraten, in Wirklichkeit aber, um eine Verschwörung gegen die Leipziger Partei der Unabhängigen einzuleiten. Ihnen gilt das Moskauer Ideal so heilig, daß sie ihre Taktik jenseits von gut und böse stellen und alle Mittel für erlaubt halten. Sie erlisten sich durch eine falsche Angabe das Beratungszimmer im Volkshaus, sie erwägen wenig reinliche Maßnahmen, um Zutritt zu Versammlungen zu erzwingen und die Redaktion der „Volkszeitung" zu sprengen. Sie zeigen weiter die kaum erhebende Größe ihrer geistigen Auffassung und die Verachtung gegenüber dem Denkvermögen der Masse, wenn sie einesteils behaupten, sie wollten keine Sprengung der Partei, anderenteils es aber für notwendig erachten, daß alle Männer, die anders denken als sie, ohne Ausnahmen beseitigt werden. Wenn sie auf der einen Seite wohlwollend belehren, daß Moskau gar nicht diktieren wolle, auf der anderen Seite aber die unbedingte Annahme der Bedingungen damit begründen, daß neue Verhandlungen zu nur noch schärferem Diktate führen müßten. Der Widerspruch ist zu greifen; er zeigt sich hier, wie in vielen anderen Punkten, und er offenbart den bedauernswerten Tiefstand einer Verschwörergesellschaft von dem Kaliber kleiner Bureaukraten, trotzdem sie den Andersdenkenden die Angst um ihr Parteipöstchen aufschwätzen wollen. Wir können die Herrschaften in ihrem Streit ruhig unter sich lassen, uns kann das Schicksal der U. S. P. an und für sich gleichgültig sein. Aber dieses Satyrspiel hat nicht nur eine vergnügliche Seite; es ist nicht nur der befreiende, fröhliche Abgesang nach einem ernsten, beklemmenden Drama. Dieser Kampf der kleinen Geister läuft dem schwersten Schicksal eines großen Volkes parallel, dem sie selbst angehören, und mit dessen Schicksal sie selbst verbunden sind, auch wenn sie in feierlichen Erklärungen dem abschwören.

Wir sind uns doch darüber klar, daß es sich bei dem heutigen Zwist innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft gar nicht um eine Verschiedenheit der Weltanschauung handelt, sondern um unterschiedliche Auffassungen von der besten Taktik — und daß dieser Streit in Deutschland, entsprechend der deutschen Eigenart, auf ein parteipolitisches Gezänk hinausläuft. Anstatt daß das schwankende Gebäude unseres Daseins als Volksganzes durch den entschlossenen Willen und die tatkräftige Hilfe aller mit immer wieder neu angebrachten Stützen gehalten wird, streiten sich diese Herrschaften innerhalb der wankenden Mauern um das neue Gebäude, das sie nach dem Einsturz auf der Trümmerstätte errichten wollen, ohne sich zu fragen, ob sie nach dem Zusammenbruch selbst noch am Leben oder überhaupt zum Aufbau imstande sein werden. Sie haben sich bisher als unbelehrbar erwiesen, und wir haben wenig Hoffnung, daß sie noch zur Erkenntnis kommen werden, ehe es zu spät ist. Aber auch abseits von diesen Kreisen spielt, wenn auch nicht ausschließlich und nicht in so hohem Maße, das Parteidogma eine größere Rolle, als sie unsere gegenwärtige Gesamtlage verträgt. Man braucht ja nur einmal zu beobachten, unter welchen Gesichtspunkten die im Augenblick wieder neu gestellte Frage vielfach erörtert wird, ob die Reichsregierung zu erweitern sei und ob ein Regierungsblock von Stresemann bis Scheidemann gebildet werden solle. Wir wollen hier keine besondere Partei als Beispiel anführen, aber jeder aufmerksame Beobachter wird schon die kleinlichen Gedankengänge gefunden haben, in denen man sich häufig zur Erfassung dieses Problems bewegt. Da herrscht denn zuweilen eine so ängstliche Besorgnis um die Erhaltung der Parteianhängerschaft vor, daß sie zu den gewaltigen, Schicksal bergenden Sorgen, die unser Dasein als Volk und Staat umwogen, in einem geradezu grotesken Gegensatz stehen. Die besorgte Frage, was wird die Wählerschaft zu dieser oder jener Einstellung der Partei sagen? — wird eine Handlung oder ein Unterlassen den Zustrom zur Partei hemmen oder fördern? — beherrscht auch heute noch, trotz der eindringlichen Wucht unserer Gesamtlage, allzusehr das Denken und Tun der politisch Interessierten. Diejenigen, die aus solchen parteipolitischen Ideenkreisen nicht herauskönnen, übersehen ganz, daß gerade die ewige Rücksichtnahme auf das Urteil der Massen sie von einer werbenden und fruchtbaren Politik hinwegtreibt. Die Erfahrungen sollten doch schon gelehrt haben, daß nicht die Abhängigkeit von den Ansichten der Allgemeinheit die Parteiexistenz sichert und festigt, sondern man sollte endlich darauf kommen, daß die Partei, die — unbekümmert um eine, etwa im Augenblick aufkommende Stimmung ihrer Anhängerschaft — eine im Gesamtinteresse liegende, großzügige Politik treibt, sich eine Zukunft schafft. Denn die Massen werden sich nach den Wirkungen einer Politik einstellen, und denjenigen politischen Führerkreisen, die eine sichtliche Besserung der gegenwärtigen traurigen Gesamtlage herbeizuführen imstande sind, ihr Vertrauen schenken, auch wenn sie anfänglich die zu diesem Erfolg führende, nicht gleich verstandene Politik verurteilt haben. Darin sind die Massen in demselben Grade vergeßlich, in dem der spätere Erfolg auf sie Eindruck macht. Also gerade der umgekehrte Weg als der oft von Parteiführern beliebte führt zu Popularität.

Auf diese Volkstümlichkeit kommt es aber in erster Linie nicht einmal an, sondern darauf, uns aus dem Tal des Elends und der Verzweiflung langsam nach oben zu führen. Der derzeitige neue Valutatiefstand und die Schwierigkeiten um Genf und Brüssel (um nur weniges zu nennen) zeigen ja zur Genüge, welche Erschütterungen unser noch harren. Wir fragen uns: Kann es unter solchen Verhältnissen darauf ankommen, daß ein Parteidogma glatt und schön durch dunkle Zeiten hindurchgebracht wird, oder ist es nicht wichtiger, sich als praktischer und kluger Politiker vor dem einengenden parteipolitischen Gesichtskreis zu befreien und, ungeachtet der Wählerschaft, eine Politik zu treiben, die nur den Zusammenschluß aller aufbauwilligen Staatsbürger im Auge hat, die mit einem einzigen heißen Gedanken auf